

Politik hadert noch mit Zuschuss für Brauerei

Unna. In der Lindenbrauerei findet vielseitige und wertvolle Kulturarbeit statt. Das Kulturzentrum soll deswegen mehr Geld bekommen als bisher. Auf die Höhe eines weiteren Zuschusses aber kann sich die Politik nicht einigen. Die Summe schwankt zwischen 30000 und 80000 Euro. Das letzte Wort soll der Rat Ende November haben. Der Hauptausschuss hat gestern einige Beschlüsse vertagt. ➔ Seite 17



Die Kulturarbeit in der Lindenbrauerei ist anerkannt. Die Stadt soll sie besser fördern.



In der Lindenbrauerei findet vielseitige und wertvolle Kulturarbeit statt. Das Kulturzentrum soll deswegen mehr Geld bekommen als bisher. Auf die Höhe eines weiteren Zuschusses aber kann sich die Politik nicht einigen.

Fotos: Archiv

Politik kann sich nicht auf Brauereizuschuss einigen

Unsichere Mehrheiten im Hauptausschuss – Rat entscheidet in zwei Wochen

Von Thomas Raulf

Unna. Die Politik soll einige Weichen stellen für die kommenden Jahre. Eine beschert der Lindenbrauerei mehr Planungssicherheit. Über die Höhe des künftigen Zuschusses an das Kulturzentrum können sich die Politiker allerdings nicht einigen.

Der umstrittenste Punkt im Nachtragshaushaltsplan für 2015 und 2016 ist der Zuschuss für das Kultur- und Kommunikationszentrum

Lindenbrauerei. Die Verwaltung schlug die Erhöhung des jährlichen Zuschusses um 50 000 auf 249 000 Euro vor. Die CDU-Fraktion will dem Kulturzentrum 20 000 Euro weniger zugestehen, um es zum Sparen zu motivieren. Für dieses und das kommende Jahr sollte die Brauerei aber auch nach dem Willen der CDU 50 000 Euro bekommen. Das würde die FDP mittragen.

Grüne und Linke fordern hingegen einen höheren zusätzlichen Zuschuss: 70 000

(Grüne) oder gar 80 000 Euro (Linke), um die Lindenbrauerei aus ihrer Position als „Bittsteller“ zu befreien. Die FLU und die Piraten würden den 50 000-Euro-Zuschuss befürworten, die SPD-Fraktion sowieso.

Dass die Lindenbrauerei entsprechend dem Richter-Gutachten mehr Geld bekommen soll als die bisher gewährten 199 000 Euro, dagegen ist inzwischen niemand mehr. Doch gestern in der Sitzung des Haupt- und

Finanzausschusses (HFA) herrschte Unsicherheit, welche Mehrheit zustande käme. Man folgte letztlich dem Vorschlag der Ausschussvorsitzenden Renate Nick (SPD), den Beschluss zu vertragen. Nick vertrat Bürgermeister Werner Kolter, der sonst dem HFA vorsitzt. Nun soll der Rat am 26. November entscheiden. Bis dahin muss sich also herausstellen, welche der kleineren Fraktionen SPD-Chef Volker König auf seine Seite ziehen kann.



Die Treppe vom Bahnhof hinauf zur Katharinenkirche soll neu gebaut werden.

Mehrheit für neue Rathautreppe

Der geplante Neubau der Treppe zwischen Rathaus und Katharinen-Hof bot einmal mehr Gelegenheit zur Diskussion. Grüne und Linke sind gegen das Projekt. Kämmerer Mölle machte aber deutlich, dass die 80-prozentige Förderung, die die Stadt für den Bau erhält, nicht für etwas anderes verwendet werden könne. Linke und Grüne zogen ihre Anträge zu-

rück, auf den Bau zu verzichten. Es gibt also eine Mehrheit für das Projekt.

Die Frage nach barrierefreien Rampen steht nun allerdings wieder im Raum. Piraten-Fraktionschef Christoph Tetzner widersprach der bisherigen Einschätzung von Bauverwaltung und Behindertenbeirat. Er erklärte unter Berufung auf einen Architekten, Barrierefreiheit sei dort möglich.

Vierter Beigeordneter so gut wie beschlossen

Politik mehrheitlich dafür, vertagt aber Beschluss – ein Dutzend andere Themen ebenso

Vertagt hat der HFA auch 22 weitere Anträge, die im Rahmen der Haushaltsberatungen aus dem politischen Raum gekommen waren. Zu mehreren Themen soll der Rat am 26. November Ar-

beitsaufträge an die Verwaltung erteilen. Sie soll zum Beispiel prüfen, was der jeweilige Vorschlag kosten würde, damit wiederum ein Fachausschuss darüber beraten kann. Es geht unter an-

derem um die Wirtschaftsförderung, die Unterhaltung von Schulsportstätten, den möglichen Neubau einer Grundschule am Hertinger Tor, die Entwicklung städtischer Beteiligungsgesell-

schaften, mehr sozialen Wohnungsbau oder städtische Unterstützung für den in Not geratenen Igel-schutz.

Für die Wiederbesetzung der Stelle des vierten Beigeordneten zeichnet sich eine Mehrheit ab. Aber auch dieser Punkt wurde gestern vertagt, da er keine direkten finanziellen Auswirkungen auf den Nachtragshaushalt für 2015/16 habe, so ein Verfahrensvorschlag des Kämmerers und Ersten Beigeordneten Karl-Gustav Mölle. Die Grünen bekräftigten ihren Vorschlag, statt des Beigeordneten wieder zwei Dezernenten einzustellen. Er wurde allerdings abgelehnt. Die Stimmen von SPD, CDU, FLU und FDP werden ausreichen, die Beigeordnetenstelle zu besetzen.



Diese Reihe soll um eine fünfte Person fortgesetzt werden: Es zeichnet sich eine Mehrheit dafür ab, einen vierten Beigeordneten einzustellen. Er würde den Verwaltungsvorstand ergänzen, der bisher aus Bürgermeister Werner Kolter (2. v. r.), dem Ersten Beigeordneten und Kämmerer Karl-Gustav Mölle (2. v. l.) sowie den Beigeordneten Ralf Kampmann (l.) und Uwe Kutter besteht.

Foto: Archiv